

Fadegrad



von Roland Scheck

Fit im Job

Gesundheit und Wohlbefinden sind wichtig und richtig Spass macht es, wenn der Steuerzahler dafür bezahlt. Der Stadtrat hat im März 2008 alle Dienstabteilungen beauftragt, die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden aktiv zu fördern. Die Stadtpolizei arbeitete daraufhin ein Programm unter dem Titel «fit im Job» aus, welches per Oktober 2014 in die Betriebsphase überging. Seither stehen den Mitarbeitenden der Stadtpolizei zwei bezahlte Stunden pro Woche für die persönliche Fitness zur Verfügung, wobei auch die Transfers zu den Sportstätten als Arbeitszeit gelten. Derlei Meldungen lassen einen instinktiv zum Taschenrechner greifen. Nur noch 40 Stunden pro Woche arbeiten, 2 Stunden Sport treiben und Lohn für 42 Stunden bekommen. Dadurch resultiert in der Stadtpolizei eine Kapazitätsreduktion von rund 5 Prozent bei gleichbleibenden Lohnkosten. In absoluten Zahlen ausgedrückt reduziert sich die Arbeitsleistung der rund 2100 Mitarbeiter umfassenden Stadtpolizei um 4200 Stunden pro Woche. Damit finanziert der Steuerzahler die persönliche Fitness der Stadtpolizisten mit einem zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr. Ungefragt. Das Programm «fit im Job» wurde klammheimlich am politischen Prozess vorbeigeschleust. Als im März 2011 der Gemeinderat dem Antrag des Stadtrats folgte und auf eine Erhöhung von 15 Stellen bei der Stadtpolizei verzichtete, schien die Welt unterzugehen. Uniformierte Polizisten führten mit Trillerpfeifen und roten Fahnen ein gewerkschaftliches Tohuwabohu vor dem Rathaus auf, während man im Rathaus der sogenannten Sparallianz vorwarf, die Sicherheit in der Stadt zu gefährden. Und die Welt wäre noch einmal untergegangen, hätte der Gemeinderat im Dezember 2011 die 15 neuen Stellen nicht trotzdem noch bewilligt. Erst Zeter und Mordio geschrien wegen 15 neuen Stellen und anschliessend ein Programm umgesetzt, welches bei gleichbleibender Lohnsumme eine Kapazitätsreduktion von gut 90 Vollzeitstellen brachte. Mit anderen Worten: Bevölkerung und Parlament wurden nach Strich und Faden verschaukelt. Der Stadtrat wiegelt ab und beteuert, dass die operative Arbeit der Stadtpolizei durch «fit im Job» nicht beeinträchtigt würde. Nur fragt sich der arbeitende Normalbürger zu Recht, wie denn so etwas möglich ist. Wenn jemand zwei Stunden pro Woche weniger arbeitet, erbringt er doch fünf Prozent weniger Leistung. Ausser, und jetzt kommt das Ausser: er ist nicht ausgelastet. Und dafür ist der Beweis nun erbracht. Es hat offenbar gewaltig Luft in der Stadtpolizei. In der kommenden Budget-Debatte muss der Antrag der SVP-Fraktion folgerichtig lauten: Fünf Prozent der Stellen in der Stadtpolizei streichen. «Fit im Job» streichen und Sport wieder in der Freizeit betreiben, so wie es die arbeitende Bevölkerung in diesem Land auch tut.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rechnung 2014: Kulissen und viel Schminke

Die städtische Rechnung 2014 schliesst mit einem kleineren als erwarteten Defizit ab. Dieses Ergebnis ist nur auf den ersten Blick eine Verbesserung. Mit viel Schminke werden die Probleme übertüncht und Kulissen verstellen den Blick auf die finanzielle Realität der Stadt.



Martin Bürlimann  
Gemeinderat SVP  
Zürich 10

Für die SVP ist es seit jeher klar: Das Defizit der Stadt Zürich ist systemisch und aufwandsbezogen. Seit Jahr und Tag wehrt sich die linke Mehrheit im Parlament verbissen gegen die notwendigen Budgetsanierungen. Wir leben auf Kosten der nächsten Generation. Der linke Stadtrat bedient sich bei den Steuerzahlern, bei der Privatwirtschaft, beim Gewerbe, beim Mittelstand und vor allem bei jenen, die heute noch nicht abstimmen und wählen können, weil sie noch nicht geboren sind. Die Schulden stiegen seit 2005 von 7,7 Mrd. Franken um 1,8 Mrd. auf 9,5 Mrd Franken an. Und für 2015 plant die Stadt Mittelaufnahmen von weiteren 850 Mio. Franken. Auch 2014 wurden 7 Anleihen aufgenommen über je 100 und 150 Mio., insgesamt genau 1 Mrd. Franken. Es kann sinnvoll sein, alte Anleihen mit zu hohen Zinsen zu ersetzen und die momentane Tiefzinsphase auszunutzen. Das Problem ist, dass dieses Geld sofort wieder ausgegeben wird. Von Sparen keine Spur. Und diese Anleihen laufen irgendwann auch aus. In 10 und 20 Jahren müssen dann andere Leute schauen, wie sie mit einem Problem fertig werden, das wir ihnen ungefragt aufgelastet haben. Auf dem Papier verbessert Die Laufende Rechnung 2014 verzeichnet einen Aufwand von 8541 Mio. Franken und einen Ertrag von

Um es deutlich zu sagen: Die linke Regierung lebt und bedient sich schamlos auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten des in der Privatwirtschaft beschäftigten Mittelstandes, auf Kosten des Gewerbes und insbesondere auf Kosten der nächsten Generation. Allein das Fremdkapital, auch Schulden genannt, stieg seit 2005 von CHF 7,7 Milliarden um schier unglaubliche 1,8 Milliarden auf CHF 9,5 Milliarden (9500000000) an. Aber weit gefehlt, das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange – für 2015 sind Mittelaufnahmen von weiteren 850 Millionen Franken geplant. Allein die Zinsen für die Schuld der Stadt Zürich gegenüber der Pensionskasse betragen seit 2005 rund CHF 200 Millionen. Ein 2005 von der SVP eingereichtes und überwiesenes Postulat zur Reduktion der Zinslast wurde vom Stadtrat schlicht nicht umgesetzt. Es wäre gemäss Stadtratsbeschluss 1160/1994 schon längst ein Gläubigertausch oder eine Umschuldung zu wesentlich tieferen Konditionen möglich. Aber das will die Stadt wohl ganz bewusst nicht. Sie setzt die Mittelaufnahmen lieber für die Bevormundung und Umerziehung der

8485 Mio. Franken. Dies ergibt in wirtschaftlich guten Zeiten ein Defizit von 57 Mio. Franken. Budgetiert war inklusive Zusatzkredite ein Defizit von 233 Mio. Franken. Auf den flüchtigen Blick ist der Rechnungsabschluss gegenüber dem Budget verbessert. Allerdings ist die Defizitreduktion Positionen zu verdanken, welche nichts mit der Rechnung zu tun haben. Beispiele sind die Teilauflösung der Rückstellung (Schwankungsreserve) für die Aktien der Flughafen Zürich AG (50 Mio. Franken) oder die höhere Ablieferung von Buchgewinnen der Liegenschaftsverwaltung (36 Mio.) und andere. Dem Steuerzahler wird das Defizit von 57 Mio. Franken als Erfolg beschrieben. Leider fielen alle Parteien ausser die SVP auf diese Schönfärberei herein. Schlüsselposten Personal Immerhin gelang es dem Stadtrat, beim Personal Einsparungen zu erzielen. Zwei Zitate aus dem dicken Rechnungsbuch sollen dies unterstreichen: Im Globalbudget Geomatik und Vermessung heisst es: «Tiefere Personalaufwendungen aufgrund teilweise nicht besetzter Stellen», oder bei Grün Stadt Zürich «die Wiederbesetzung von offenen Stellen wurde gestoppt». Dies entspricht exakt den Budget-Anträgen der SVP – und immer hiess es, dies sei unmöglich. Die Diskrepanz zwischen der Polemik in den Budgetdebatten und der Aussage vom Stadtrat ist eklatant. Zitat: «Im Rahmen des Projekts 17/0 hat der Stadtrat verschiedene Massnahmen ergriffen, um die Personalkosten zu senken. Diese zeigten 2014 bereits erste Wirkungen: Der Personalaufwand

Bürger ein. Zum Vergleich: Um die auf Basis der nach der Amortisation 2015 bestehenden Schuld von noch rund CHF 260 Millionen selbe Rendite von rund CHF 10,5 Millionen mit sogenannt sicheren Anlagen zu erzielen, müsste die Pensionskasse der Stadt Zürich am Markt über CHF 1 Milliarde anlegen. Die Ausfinanzierung der Pensionskasse stünde heute auf ganz anderen Füßen. Eine gegenüber der Privatwirtschaft weit höhere Verzinsung der Pensionskassen-Guthaben wäre so kaum möglich gewesen. Die SVP will den Angestellten nichts wegnehmen, aber solche Aspekte müssen in Fragen der Total-Kompensation und der Anstellung von städtischen Angestellten endlich öffentlich auf den Tisch gelegt werden. Und nun wird den Bürgern, den Wählern und den Steuerzahlern dieser Stadt ein Defizit von CHF 57 Millionen als Erfolg verkauft und von allen Parteien dieses Parlaments ausser der SVP, jenen die ohnehin immer mehr ausgeben wollen als sie einnehmen und jenen, die alljährlich behaupten keine Defizite mehr zu wollen, durchgewinkt werden. Auch Sie müssten rot werden, geschätzte Parlamentarier der Spar-koalition, zumindest im Gesicht! Der Stadtrat hat in Wahrheit überhaupt nicht gespart, im Gegenteil! Allein die folgenden, vom Stadtrat nicht beeinflussbaren, Sondereffekte führten zu Verbesserungen: Flughafen-Aktie CHF 50 Mio. Steuerertrag, juristische Personen CHF 52 Mio. und

blieb 20 Millionen Franken unter Budget». Auch in der Rechnung wird dies explizit erwähnt: «Der Personalaufwand schöpft das Budget um 20,2 Mio. Franken nicht aus, was hauptsächlich mit dem tieferen Lohnaufwand beim Verwaltungs- und Betriebspersonal infolge nicht besetzter Stellen erklärt werden kann.» Die SVP wird weiterhin darauf pochen, den überdimensionierten Personalstock endlich zu reduzieren. Schulden steigen ungebremst Eine weitere Zahlenreihe muss zu denken geben: Die Nettoschuld betrug 2011 noch 3,65 Mrd. Franken. Sie stieg auf 4,14, Mrd. 2012 und 4,35 Mrd. 2013. Im letzten Jahr 2014 sank die Nettoschuld auf 4,19 Mrd. Franken. Dies

SVP. Die SVP-Fraktion des Grossen Gemeinderates hat in den vergangenen Budgetdebatten wiederholt auf die Situation bei der Fachstelle «Chancengleichheit und Gleichstellung» hingewiesen und den Antrag auf deren Aufhebung gestellt. In der städtischen Verwaltung sind die entsprechenden Massnahmen zur Chancengleichheit und Gleichstellung bereits umgesetzt. Somit bedarf es keiner spezifischen Fachstelle. Auflösung Rückstellung Neubewertung Übertragungsnetz ewz netto CHF 40,3 Mio. Das ergibt zusammen CHF 142,3 Mio. Rechnet man noch die zusätzlichen Entgelte von CHF 23 Mio. exklusive Gemeindebetriebe hinzu, liegen die Zusatzeinnahmen bereits bei CHF 165,3 Mio. Zur Erinnerung: Das budgetierte Defizit inklusive Zusatzkredite lag bei CHF 213,4 Mio. Die ganz grosse Verhöhnung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zeigt sich einmal mehr an einem im Verhältnis kleinen Betrag. Im Budget 2014 wurden dem Stadtrat gegen den Willen der SVP CHF 500000 als freier Kredit zugesprochen. Dieser grosszügige Betrag reichte aber nicht und wurde einfach überschritten. Selbstverständlich lässt man sich die Überschreitung von der Allgemeinheit bezahlen. Das ist umso schamloser, als dass sich die elitären neun Damen und Herren Stadträte in Zeiten knapper Finanzen, eines Sanierungsprogrammes, zunehmender Arbeitslosenzahlen und tieferer Löhne in der Privatwirtschaft aus diesem Kredit selber ein Weihnachtessen für CHF 10000 oder umgerechnet CHF 500 pro Kopf und Kehle genehmigten. Die Rechnung 2014 führt zudem, wohl ungewollt, ganz unmissverständlich den negativen Effekt der Massenzuwanderung vor Augen. Lag der Steuerertrag von natürlichen Personen 2010 bei 385463 Einwohnern noch bei CHF 1.45 Mrd. so waren es 2014 bei 404783 Einwohnern, nur noch CHF 1,39 Mrd.

aber nur, weil eine Reduktion der Auflösung der Rückstellungen der Neubewertung für das Übertragungsnetz des EWZ von 202 Mio. Franken verbucht werden konnte. Gegenüber der Rechnung 2011 stieg die Nettoschuld um 540 Mio. Franken. Und das Eigenkapital in der Bilanz sank von 724 Mio. auf 667 Mio. Franken. Die Schulden steigen, das Eigenkapital schmilzt. Kosmetische Verschönerungen Diese buchhalterischen Kniffe zeigen, dass die Rechnung mit Schminke und Kulissen mehr vertuscht als klarstellt. Die Stadt Zürich muss endlich Schulden abbauen und das Eigenkapital stärken. Solange dies nicht der Fall ist, lehnt die SVP die Rechnung ab. Die von der Fachstelle behandelten Themen sind Teil der Führungsaufgaben und können nicht an eine Fachstelle delegiert werden. Somit ist nach Meinung der SVP-Fraktion ein grosser Teil der entsprechenden Ressourcen im Personalamt zu reduzieren. Wie viele Ressourcen in den einzelnen Departementen zu diesem Thema noch notwendig sind, muss nach Ansicht der SVP-Fraktion noch ermittelt werden. 20000 Zuwanderer brachten also nicht mehr, sondern weniger Ertrag. Der Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung sinkt somit um sage und schreibe 9 Prozent von CHF 3761 auf 3434. Die Schere zwischen Infrastrukturkosten (Strassen, ÖV, Elektrizität, Sicherheit, Personal, Schule, Kinderbetreuung, etc.) und den zugrundeliegenden Steuereinnahmen natürlicher Personen öffnet sich also immer mehr. Für die SVP ist klar: Das Defizit der Stadt Zürich ist mehr denn je systemisch und aufwandsbezogen. Es grenzt schon an Galgenhumor, wenn die sozialistische rot-grüne Stadt Zürich zur Vermeidung des Bankrotts auf die Steuereinnahmen der verhassten Banken, auf die Aktienkurssteigerungen des Flughafens, auf Grundstücksverkäufe und auf Bussen der Autofahrer etc. angewiesen ist. Wir halten es mit Thomas Jefferson, der in seiner Amtszeit sagte: «Das Prinzip, im Namen der Finanzierung Geld auf Kosten künftiger Generationen auszugeben, ist nichts als ein grossangelegter Betrug an der Zukunft.» Wer über Jahre nicht in der Lage und auch nicht willens ist, das systemisch bedingte Risiko der Zürcher Stadtfinanzen auch nur annähernd zu verbessern, dem dürfen verantwortungsbewusste Politiker auch keine Décharge erteilen, auch wenn das Geld ohnehin schon ausgegeben ist. Roger Liebi ist Nationalratskandidat der SVP.

ERFOLG DER SVP WINTERTHUR

Der Stadtrat folgt einem Antrag der SVP-Fraktion

Die SVP-Fraktion ist über den Entscheid des Stadtrates, die Fachstelle für «Chancengleichheit und Gleichstellung» aufzuheben, erfreut.

FRAKTIONSERKLÄRUNG ZUR RECHNUNG STADT ZÜRICH 2014

Schamlose rote Politik

«Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme - und wenn ich mir Geld dafür borgen muss.» Dieser Spruch Mark Twains passt exemplarisch zur Politik der rot-grünen Stadtzürcher Regierung und den sozialistischen und linkssinnigen Politikern im Gemeinderat.



Roger Liebi  
Gemeinderat  
Präsident SVP  
Stadt Zürich

20000 Zuwanderer brachten also nicht mehr, sondern weniger Ertrag. Der Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung sinkt somit um sage und schreibe 9 Prozent von CHF 3761 auf 3434. Die Schere zwischen Infrastrukturkosten (Strassen, ÖV, Elektrizität, Sicherheit, Personal, Schule, Kinderbetreuung, etc.) und den zugrundeliegenden Steuereinnahmen natürlicher Personen öffnet sich also immer mehr. Für die SVP ist klar: Das Defizit der Stadt Zürich ist mehr denn je systemisch und aufwandsbezogen. Es grenzt schon an Galgenhumor, wenn die sozialistische rot-grüne Stadt Zürich zur Vermeidung des Bankrotts auf die Steuereinnahmen der verhassten Banken, auf die Aktienkurssteigerungen des Flughafens, auf Grundstücksverkäufe und auf Bussen der Autofahrer etc. angewiesen ist. Wir halten es mit Thomas Jefferson, der in seiner Amtszeit sagte: «Das Prinzip, im Namen der Finanzierung Geld auf Kosten künftiger Generationen auszugeben, ist nichts als ein grossangelegter Betrug an der Zukunft.» Wer über Jahre nicht in der Lage und auch nicht willens ist, das systemisch bedingte Risiko der Zürcher Stadtfinanzen auch nur annähernd zu verbessern, dem dürfen verantwortungsbewusste Politiker auch keine Décharge erteilen, auch wenn das Geld ohnehin schon ausgegeben ist. Roger Liebi ist Nationalratskandidat der SVP.